



Niederschrift Konstituierende Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 05.11.2008
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	20:17 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE	
Herr Klemund, Andreas	SPD	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	bis 18:45 Uhr
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Wartenberg, Claus	SPD	
Herr Lehmann, Peter	CDU/ANW	
Herr Schröder, Michael	CDU/ANW	
Herr Naber, Nils	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Engel-Fürstberger, Martina	FDP/Familienpartei	

Gäste:

Herr Exner, GB 1
Frau Fischer, GB 2
Frau E. Müller, GB 3
Frau Dr. von Kuick-Frenz, GB 4
Herr Paffhausen, Stadtwerke Potsdam
Herr Müller-Zinsius, Pro Potsdam
Frau Pilz, Personalrat
Herr Frerichs, Wirtschaftsförderung
Herr Erdmann, Rechnungsprüfungsamt
Frau Dörnbrack, GB 3
Herr Weise, Geschäftsstelle GB 4
Herr Goetzmann, FB Stadtplanung und Bauordnung
Herr Richter, KIS
Herr Zeretzke, Beteiligungssteuerung
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters

Schriftführerin:
Frau Ziegenbein

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestellung des Schriftführers und des stellvertretenden Schriftführers
- 2 Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptausschusses
- 3 Standort des Vereins Spartacus und des Jugendclubs S13
Vorlage: 08/SVV/0886
(Fraktion Familien-Partei)
- 4 Humboldt-Buchhandlung für Spartacus
Vorlage: 08/SVV/0937
Fraktion DIE LINKE
- 5 Besetzung der Stelle 491 000 05 "Sachbearbeiter/In Projektsteuerung"
Vorlage: 08/SVV/0954
Oberbürgermeister, Bereich Personal und Organisation
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Ergebnis der Brandschau und die sich daraus ergebenden Maßnahmen für das durch den Archiv e.V. genutzte Gebäude in der Leipziger Straße aus HA 15.10.08
- 6.2 Räumlichkeiten für die Potsdamer Tafel
gemäß Vorlage: 08/SVV/0793
- 6.3 Vorschläge zur Verwendung der Hauptstadtmittel konsumtiv 2009
Vorlage: 08/SVV/0956
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen
- 6.4 Auskunfts- und Akteneinsichtsrecht gem. § 29 Bbg KVerf
- 6.5 Touristischer Marketingplan 2009
Vorlage: 08/SVV/0958
Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung
- 7 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestellung des Schriftführers und des stellvertretenden Schriftführers

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest; alle 13 Mitglieder des Hauptausschusses sind zu Beginn der Sitzung anwesend.

Bezüglich der Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, den Tagesordnungspunkt „Mitteilungen der Verwaltung“ um eine Information zu Preiserhöhungen der EWP und eine Information zur vorgezogenen Bürgerbeteiligung für den B-Plan am Griebnitzsee zu ergänzen.

Die so ergänzte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Im Weiteren schlägt er für die Bestellung zur Schriftführerin Frau Heike Ziegenbein und zur stellvertretenden Schriftführerin Frau Gabriele Gereit-Dyllick vor. Diese Vorschläge werden einstimmig bestätigt.

zu 2 Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptausschusses

Der Oberbürgermeister bittet um Vorschläge für die Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptausschusses. Von Frau Dr. Schröter wird Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg und von Herrn Lehmann wird Herr Michael Schröder vorgeschlagen.

Danach bittet der Oberbürgermeister um die Ausreichung der Stimmzettel und ruft die Hauptausschussmitglieder namentlich zur Stimmabgabe auf. Anschließend stellt er fest, dass alle Mitglieder des Hauptausschusses die Gelegenheit zur Stimmabgabe hatten und der Wahlvorgang abgeschlossen ist. Die Stimmauszählung wird durch Frau B. Müller, Fraktion DIE LINKE; Herrn Klemund, Fraktion SPD und Herrn Lehmann, Fraktion CDU/ANW vorgenommen.

Der Oberbürgermeister gibt bekannt, dass 13 Stimmen abgegeben wurden – davon entfallen auf Herrn Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg 4 Stimmen und auf Herrn Michael Schröder 9 Stimmen. Damit hat Herr Michael Schröder im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erreicht und ist als stellvertretender Vorsitzender des Hauptausschusses gewählt.

zu 3 Standort des Vereins Spartacus und des Jugendclubs S13

Vorlage: 08/SVV/0886

(Fraktion Familien-Partei)

zu 4 Humboldt-Buchhandlung für Spartacus

Vorlage: 08/SVV/0937

Fraktion DIE LINKE

Gegen den Vorschlag des Oberbürgermeisters, die Tagesordnungspunkte 3 und 4 zusammen zu behandeln, erhebt sich kein Widerspruch. Anschließend verweist Frau E. Müller auf den in der letzten Sitzung des Hauptausschusses am 15.10.2008 diskutierten Variantenvergleich und die Information zu einem weiteren Anbieter. Sie bittet um Verständnis dafür, dass dieser derzeit noch nicht benannt werden könne; dies sei eine ausdrückliche Bitte des Anbieters.

Frau Fischer führt bezüglich der Nutzung der ehemaligen Humboldt-Buchhandlung aus, dass es eine Vor-Ort-Begehung und mehrere Gespräche mit dem Spartacus gegeben habe und dieser das Angebot nicht nutzen wolle, u.a. weil eine so genannte „Leise-Nutzung“ zwingend sei. Darüber hinaus stehe auch die Versammlungsstättenverordnung einer uneingeschränkten Nutzung entgegen. Das Thema werde aber weiter im Blick behalten; so sei es Gegenstand der Beratungen am „Runden Tisch Soziokultur“ und es werden auch weiterhin Gespräche mit möglichen Anbietern geführt.

Herr Dr. Scharfenberg bittet im nicht öffentlichen Teil um nähere Informationen zu dem jetzt nicht genannten Anbieter und hinterfragt die Realisierungschancen und zeitlichen Möglichkeiten. Bezogen auf die Ausführungen von Frau Fischer fragt er, warum eine Nutzung der Humboldt-Buchhandlung unter dem Aspekt der „Leise-Nutzung“ nicht möglich sein solle, weil es dazu auch Angebote des Spartacus' gebe und warum die Versammlungsstättenverordnung dem entgegenstehe und die Decke nicht tragfähig sein solle.

Frau Fischer antwortet darauf, dass der Spartacus bei Veranstaltungen mit einer Zahl von 300 – 400 Personen rechne, laut Versammlungsstättenverordnung aber nur 199 Personen zugelassen seien. Das begründe sich u. a. in dem Vorhandensein von nur einer Toilette und nur einem Fluchtweg. Darüber hinaus sei die Tragfähigkeit der Zwischendecke nicht für diese Anzahl von Personen ausgerichtet. Auf die Nachfragen zum potentiellen Anbieter betont Frau E. Müller, dass die Chancen für eine Nutzung gut stehen und auch eine zügige Nutzung innerhalb eines Vierteljahres möglich wäre. Der Oberbürgermeister ergänzt, dass es bereits konzeptionelle Vorstellungen gebe und man im Gespräch sei.

Damit, so Herr Dr. Scharfenberg, sei der Antrag der Fraktion DIE LINKE, **DS 08/SVV/0937**, gegenstandslos. Auf die Nachfrage des Oberbürgermeister, wie mit dem Antrag der ehemaligen Fraktion Familienpartei umzugehen sei, antwortet Frau Engel-Fürstberger, dass sie diesen zurückstellen und weitere Informationen im Hauptausschuss abwarten wolle.

zu 5 Besetzung der Stelle 491 000 05 "Sachbearbeiter/In Projektsteuerung"
Vorlage: 08/SVV/0954
Oberbürgermeister, Bereich Personal und Organisation

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Stelle 491 000 24 „Sachbearbeiter/In Projektsteuerung“ wird für 2 Jahre extern besetzt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	12
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 6 Mitteilungen der Verwaltung

zu 6.1 Ergebnis der Brandschau und die sich daraus ergebenden Maßnahmen für das durch den Archiv e.V. genutzte Gebäude in der Leipziger Straße
aus HA 15.10.08

Frau E. Müller informiert, dass intensive Gespräche mit dem Archiv e.V. geführt und Brandschutzmaßnahmen im Erdgeschoss durchgeführt wurden. Nach Ab-

nahme der erfolgten Arbeiten an der Elektrotechnik sei nunmehr der Weiterbetrieb für 150 Personen bis 31.12. 08 möglich. Das Angebot, für die Bandproben die Panzerhalle in Groß Glienicke zu nutzen, wurde wegen der Entfernung und des damit verbundenen Aufwandes abgelehnt. Im „Jugendklub Hans Eisler“ sind weitere Möglichkeit geprüft und entsprechende Zeiten übermittelt worden. Weitere Gespräche gebe es mit dem Architekten, um auch in den Kellerräumen Brandschutzmaßnahmen zu realisieren und Thema sei auch die Toilettennutzung gewesen, auch hier konnte konstruktiv eine Lösung gefunden werden.

Frau Dr. Müller betont, dass es sehr schön sei, dass die drohende Gefahr einer Schließung nun nicht mehr bestehe und fragt nach, ob der Verein mittelfristig an dem Standort bleiben könne oder nach einem anderen Standort gesucht werde. Der Oberbürgermeister betont, dass keine Absicht bestehe, den Archiv e.V. herauszudrängen. Trotzdem hänge das auch von der Höhe der Investitionen ab und davon, was in Eigenleistung realisiert werden könne. Wenn die Investitionssumme feststehe, müsse man sich „tief in die Augen gucken“, denn da könnten auch Forderungen auf die Stadt zukommen. Die entsprechenden Zuarbeiten seien sehr professionell, so dass das Ergebnis in den nächsten 6 Wochen vorliegen könne.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Schröter, wie nach dem 31.12. verfahren werde, wenn die Genehmigung auslaufe und die Investitionen noch nicht „durch seien“, antwortet der Oberbürgermeister, dass mit weiteren nicht so kostenintensiven Maßnahmen eine Genehmigung auch darüber hinaus möglich sei. Über den weiteren Sachstand werde er im Hauptausschuss informieren.

zu 6.2 Räumlichkeiten für die Potsdamer Tafel gemäß Vorlage: 08/SVV/0793

Frau E. Müller informiert, dass es mehrere Gespräche zwischen dem Vorstand der Potsdamer Tafel und dem Sanierungsträger gegeben habe. Grundsätzlich werde eine Nutzung von Räumlichkeiten im ehemaligen Rechenzentrum für 3 - 5 Jahre als möglich angesehen. Trotzdem komme es nicht zu einem Abschluss der Gespräche und seien einige Fragen nicht endgültig geklärt. Deshalb habe sie zu einem Gespräch an ihrem Tisch eingeladen, das am 12.12.2008, 10:00 Uhr stattfinden werde. Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob die notwendigen Investitionen das Problem seien, antwortet Frau E. Müller, dass ihr die Höhe der Investitionskosten nicht bekannt sei und es eher um die Laufzeit des Vertrages und die Betriebskosten gehe.

Der Oberbürgermeister schlägt eine Information im Hauptausschuss nach Stattfinden der Gespräche vor.

zu 6.3 Vorschläge zur Verwendung der Hauptstadtmittel konsumtiv 2009 Vorlage: 08/SVV/0956

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen

Der Oberbürgermeister verweist auf die dazu vorliegende Mitteilungsvorlage und bittet, bei Bedarf Nachfragen zu stellen. Anschließend beantworten er und Frau Fischer die Nachfragen von Frau Dr. Schröter zur Verteilung der Mittel im Bereich Kultur, von Herrn Dr. Scharfenberg zur Philosophie der Sportförderung und den Gesichtspunkten der Mittelverwendung und von Herrn Boede zur Sportförderung, bezogen auf Investitionen für das Karl-Liebknecht-Stadion.

Die Beantwortung der Nachfrage von Frau B. Müller zur Mittelaufteilung Punkt 3.2 Unesco-Tag und Stadt der Bürger wird durch den Bereich Marketing nachgereicht.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6.4 **Auskunfts- und Akteneinsichtsrecht gem. § 29 Bbg KVerf**

Der Oberbürgermeister verweist auf das an alle Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung ausgereichte Schreiben vom 24. 10. 08 und bittet Herr Exner um weitere Erläuterungen.

Herr Exner informiert über das an die Organ- bzw. Verbandskompetenz geknüpfte Akteneinsichts- und Auskunftsrecht gemäß § 29 Bbg KVerf. Das bedeute, dass einerseits die Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung bzw. des Hauptausschusses und andererseits die der Gemeinde/Stadt gegeben sein müsse. Ist die Zuständigkeit gegeben, so müsse die Auskunft oder die Akteneinsicht der Kontrolle der Verwaltung dienen und sei an die formelle Voraussetzung der „Darlegung des konkreten Anlasses“ gebunden. Auskunft und Akteneinsicht sei zu verweigern, wenn und soweit schutzwürdige Belange Betroffener oder Dritter oder ein dringliches öffentliches Interesse dem entgegenstehen; ebenso ausgeschlossen seien in der Sache befangene Stadtverordnete. Herr Exner führt im Weiteren aus, dass diese Regelung für alle Beteiligten neu sei und nun die Umsetzbarkeit in die Praxis geregelt werden müsse. So werde geprüft, ob es eine Begründung gebe, die sicher „mal mit einem Satz ausreiche“, manchmal aber auch „etwas mehr“ sein dürfe. Eine formelle Prüfung erfolge im Büro der StVV, eine weitere Sichtung im Büro des Oberbürgermeisters. Er werbe um Verständnis, dass in den ersten 3 – 6 Monaten mit einer gewissen Stringenz geprüft werde, um den gesetzlichen Regelungen zu entsprechen und ein Verfahren zu etablieren.

In der sich anschließenden Diskussion fragt Frau B. Müller nach, ob die Ablehnung begründet werde. Der Oberbürgermeister bestätigt, dass eine Frage bei Fehlen der genannten Voraussetzungen nur teilweise oder gar nicht beantwortet und letzteres begründet werde.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass das Fragerecht ein wichtiger Bestandteil der Mandatsausübung der Stadtverordneten sei; eine ebenso große Bedeutung habe die Transparenz der Verwaltung. Deshalb warne er vor dieser Änderung, nur ein eingeschränktes Fragerecht zuzulassen, die so auch nicht diskutiert, sondern im Verfahren so „durchgerutscht“ sei. Er stellt fest, dass jetzt ein Ermessensspielraum für die Verwaltung vorhanden und auch bisher der Fragegegenstand erläutert worden sei. Wenn auch die Fristenregelung in der Geschäftsordnung nicht mehr gelte, führe das zwingend zu Verzögerungen. Er fragt nach, ob seitens der Verwaltung an einen extra Prüfungsvorgang gedacht werde oder die Anforderung Bestandteil der Begründung sei.

Herr Exner entgegnet, dass es keine restriktive Handhabung geben werde, aber eine Beschränkung auf die Organ- und Verbandskompetenz, d.h. Fragen seien auf Angelegenheiten der Stadt zu beschränken und dürfen nicht die von z. B. Land, Bund oder Polizei sein. Einen extra Prüfungsvorgang werde es nicht geben, sondern Bestandteil des jetzt schon laufenden Verfahrens sein. Die Begründung sei auch deshalb notwendig, weil die Ablehnung einer Auskunft oder Akteneinsicht justiziabel sei.

Herr Dr. Scharfenberg betont nochmals, dass es einen Spielraum gebe und niemand die Verwaltung daran hindere, auch über die Anforderungen hinaus zu antworten, wenn es denn leistbar sei. Sehr wohl können Fragen beantwortet werden, die die Arbeit der Stadtverordnetenversammlung erleichtern. Deshalb sollte man jetzt nicht alles festklopfen und die Übergangsregelungen in der Art nutzen, dass die jetzige Geschäftsordnung gelte und erst im Zuge ihrer Überarbeitung neue Regelungen gefunden werden.

Herr Boede fragt, welche Zeiträume sich der Oberbürgermeister für eine Prüfung vorstelle, da im Schreiben auf den Wegfall der Fristenregelung verwiesen sei. Sonst könne man jede Frage bis zum Ende der Wahlperiode verschleppen und brauche gar nicht oder irgendwann zu antworten. Und er wolle wissen, wie sehr die Verwaltung auf einer Begründung bestehen werde.

Herr Schüler führt aus, dass er sich über die Äußerungen von Herrn Dr. Scharfenberg sehr wundere, wenn der als Vorsitzender des Innenausschusses empfehle, gesetzliche Regelungen zu ignorieren - das zu erklären dürfte wohl schwer fallen. Für ihn gebe es aber einen Widerspruch zwischen den Regelungen des § 29 und denen des § 30, wo jedem Gemeindevertreter das Recht eingeräumt werde, in den Ausschüssen und in der Stadtverordnetenversammlung Fragen zu stellen. Für ihn gebe es zwischen den Fragen und dem Auskunftsersuchen einen qualitativen Unterschied – mit einem Auskunftsersuchen müsse sich die Verwaltung wesentlich intensiver befassen. Deshalb plädiere er dafür, Anfragen und Kleine Anfragen weiterhin in die Geschäftsordnung aufzunehmen und zu regeln. Frau B. Müller meint, dass die Fragestunde von den Regelungen des § 29 nicht betroffen sein könne, denn eine Ablehnung der Beantwortung müsste sehr zeitnah begründet werden, um die Beantwortung einklagen zu können.

Herr Exner betont, dass der § 29 mit dem Tag der Kommunalwahl gelte und nur für Regelungen, die in die Hauptsatzung aufzunehmen seien, ein Übergangszeitraum gelte. Im Weiteren sei das Fragerecht im § 30 nicht weiter ausgestaltet und deshalb sei der § 29 heranzuziehen, weil dieser mit weiteren Regelungen „gefüllt“ sei. Er könne nur empfehlen, die jetzt schon gegebenen Begründungen um die Organ- bzw. Verbandszuständigkeit zu ergänzen. Das zur Bbg KVerf ergangene Rundschreiben ist diesbezüglich „scharf“ und unmissverständlich. Bezüglich der Fristenregelungen führt er aus, dass auch schon nach altem Recht der Verwaltung die Zeit eingeräumt wurde, die sie für eine sachgerechte Beantwortung von Anfragen benötige. Das bedeute, dass dabei nicht „getrödel“ werden, aber für die Beantwortung einer schweren Frage schon mal ein paar Tage mehr in Anspruch genommen werden dürfen. Die Verwaltung müsse auch nicht den Boten spielen und Antworten von anderen Behörden und Einrichtungen beibringen.

Der Oberbürgermeister sichert nochmals zu, dass es keine Verzögerungen und bei Nichtbeantwortung von Anfragen eine Begründung geben werde.

zu 6.5 Touristischer Marketingplan 2009

Vorlage: 08/SVV/0958

Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung

Der Oberbürgermeister verweist auf die vorliegende Mitteilungsvorlage und bittet, Nachfragen zu stellen. Frau B. Müller fragt nach dem nächsten Termin der Sitzung des Tourismus-Beirates und verweist auf die Zusage von Herrn Hütte, die Fraktionsvorsitzenden einladen zu wollen. Herr Frerichs betont, dass der Beirat regelmäßig zweimal im Jahr tage und er den Hinweis bezüglich der Einladung mitnehme und Herrn Hütte an seine Zusage erinnern werde. Herr Lehmann bezieht seine Nachfrage auf die erstmals gesunkene Bettenauslastung mit ausländischen Gästen und fragt nach den Ursachen und Möglichkeiten dem entgegenzusteuern. Herr Frerichs betont, dass dieses Problem erkannt sei; die Konkurrenz aber auch nicht schlafe. Hier sei die klare Aufgabenstellung, neben der Entwicklung des Tagestourismus', auch diesen Anteil durch wirksame Maßnahmen wieder zu erhöhen.

Zustimmung zu Ton- und Bildübertragungen sowie –aufzeichnungen durch Presse, Rundfunk und ähnlichen Medien

Da zu diesem Zeitpunkt eine Vertreterin des rbb-Fernsehens anwesend ist und filmen möchte, verweist der Oberbürgermeister auf die Regelungen im **§ 36 Abs. 3 Brandenburgische Kommunalverfassung**. **Da die Zulässigkeit von Ton- und Bildübertragungen sowie –aufzeichnungen durch Presse, Rundfunk und ähnlichen Medien noch nicht in der Geschäftsordnung geregelt** ist, ist gemäß § 36 Abs. 3 Satz 3 die Zustimmung aller anwesenden Stadtverordneten erforderlich.

Der Oberbürgermeister stellt dies zur Abstimmung; alle Mitglieder des Hauptausschusses stimmen mit Ja – damit ist die Zulässigkeit von Ton- und Bildübertragungen sowie –aufzeichnungen durch Presse, Rundfunk und ähnlichen Medien für die Sitzung gegeben.

neu Preiserhöhungen für Gas- und Fernwärme

Der Oberbürgermeister verweist eingangs darauf, dass es die Zusage gegeben habe, bei Preisveränderungen den Hauptausschuss vorab zu informieren und Ursachen zu benennen. Die jetzigen Preiserhöhungen bei derzeit fallenden Ölpreisen zu kommunizieren, sei besonders schwer, weil die hohen Ölpreise in der Vergangenheit immer die Begründung für Preissteigerungen gewesen sei.

Im Anschluss erläutert Herr Paffhausen an Hand visueller Darstellungen die Erhöhung der Beschaffungskosten für Gas um 30 %, die aus der erheblichen Preisentwicklung von Oktober 2007 – Oktober 2008 resultiere. Dargestellt werden die Entwicklung des Rohölpreises, die Preisbindung von Erdgas an Erdöl, die Gasbezugsformel, die Herleitung der Ölpreisbindung und die Gründe für die verzögerten Auswirkungen steigender oder fallender Preise für Gas und Fernwärme. Die letzte Preiserhöhung habe es im Januar 2007 gegeben, 2008 sei darauf verzichtet worden. Dies könne durch die Stadtwerke nicht mehr allein kompensiert werden, weil zwar der Ölpreis zuletzt deutlich gesunken sei, sich diese Entwicklung jedoch erst 6 Monate später bemerkbar machen werde. Investitionen und Instandhaltungen können nicht mehr aufgeschoben sowie die Quersubventionierungen für den Verkehrsbetrieb und die städtischen Bäder sonst nicht mehr gesichert werden.

Der Oberbürgermeister betont, dass sich der Aufsichtsrat die Entscheidung nicht leicht gemacht habe.

Herr Boede verweist auf eine im August gestellte Kleine Anfrage zu geplanten Preiserhöhungen 2009 und darauf, dass die Verwaltung dazu keine Auskunft geben konnte; jetzt seien doch Preiserhöhungen geplant. Herr Paffhausen entgegnet, dass die Zusage, keine Preise zu erhöhen, für 2008 gelte und nun in der Aufsichtsratssitzung über die aktuellen Gegebenheiten mit dem Ergebnis diskutiert wurde, ab 01.01.2009 die Preise für Gas und Fernwärme zu erhöhen. Der Oberbürgermeister ergänzt, dass für 2008 keine Preiserhöhungen gewollt waren, man jetzt aber an Grenzen stoße.

Herr Dr. Scharfenberg sieht in der vorab gegebenen Information schon einen Fortschritt, womit die Verwaltung der Kritik aus der Vergangenheit begegnet sei. Trotzdem empfehle er, Preiserhöhungen generell kritisch gegenüberzustehen. Außerdem sollte in diesem Zusammenhang der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Einführung eines Sozialtarifs nicht aus den Augen zu verloren werden und es sei Zeit, diesen auszufüllen.

Im Weiteren werden die Nachfragen von Herrn Boede zur Quersubventionierung des ViP, von Herrn Lehmann zu den Auswirkungen der hohen Preise von Januar

07 – Juli 08 und von Frau Engel-Fürstberger zur Möglichkeit der Senkung der Gaspreise und Erhöhung der Fernwärmepreise beantwortet.

Herr Schröder macht auf die Auswirkungen der Preiserhöhungen auf die Betriebskosten und damit auf die Kosten zur Unterkunft aufmerksam.

neu vorgezogene Bürgerbeteiligung für den B-Plan am Griebnitzsee

Herr Goetzmann führt dazu aus, dass es Gesprächen mit den Grundstückseigentümern zur Realisierung des B-Planes gegeben habe. Daraus ergaben sich Hinweise und Änderungsvorschläge zur Modifizierung des B-Planes, bei jedoch gleichbleibenden Planungszielen für insgesamt 8 Teilbereiche mit kleinteiligen Veränderungen; so die Verlagerung von Bootshausstandorten, z. B. in der Stubenrauchstraße 24-26, in der Karl-Marx-Str. 18 bzw. 20 und der Virchowstr. 43, die Änderungen in der Wegeführung zur Folge haben. Ebenso haben sich derartige Änderungen aus der Abstimmung mit den Grundstückseigentümern ergeben. Im Weiteren sei es Ziel, Lösungsmöglichkeiten für Forderungen der Anlieger zu finden, die sich insbesondere auf die Unterbindung des Radverkehrs und die Unterbindung einer nächtlichen Nutzung des Uferweges beziehen sowie die Möglichkeit, private Flächen am Ufer auch privat nutzen zu können.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, die Details in den Fachausschüssen zu besprechen und mit den Anliegern weiterhin im Gespräch zu bleiben. Klar sei, dass damit nicht alle gerichtlichen Auseinandersetzungen vermieden werden können.

In der sich anschließenden Diskussion werden die Nachfragen beantwortet, so von Herrn Naber zum Stand der Umsetzung des Vorhabens der Uferwegeverlegung auf Kosten der Eigentümer, der Errichtung von Bootshäusern auf der Wasserfläche und dem Nachweis zu ehemaligen Standorten von Bootshäusern, von Herrn Schubert zur nächtlichen Schließung des Uferweges und von Herrn Schüler zu den Inhalten der vorgezogenen Bürgerbeteiligung.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass er die nächtliche Schließung in Frage stellen wolle, denn ein generelles Verbot müsste ebenso durchgesetzt werden, wie Maßnahmen, die zur Vermeidung von Lärm oder der Gewährleistung der Ordnung und Sicherheit ergriffen werden. Deshalb sollte die Stadt nicht auf die Maximalforderungen der Anlieger eingehen. Herr Schubert gibt zu bedenken, dass die baulichen Änderungen und Eingriffe bezüglich der Gestaltung des Radwegs erhebliche Kosten verursachen und fragt, wie es sich im Zusammenhang mit der nächtlichen Schließung verhindern lasse, dass am Ende nicht doch verschlossene Tore stehen bzw. die Schließung und Öffnung durch Anlieger individuell erfolge.

Der Oberbürgermeister stellt abschließend fest, dass die fachlichen Diskussionen in den Ausschüssen geführt und die gegebenen Informationen vorab zur Kenntnis genommen werden.

zu 7 Sonstiges

Herr Dr. Scharfenberg bittet um eine Darstellung der Neubesetzung der Beigeordnetenstellen und wie die Stadtverordnetenversammlung beteiligt und informiert werde.

In die nächste Tagesordnung des Hauptausschusses sollte darüber hinaus eine Information zum Stand der Vorbereitungen des Baus des Offline-Clubs und ein Sachstandsbericht zur Sporthalle Luftschiffhafen aufgenommen werden.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, auch das Verfahren zur Neubesetzung der Beigeordnetenstellen in der nächsten Hauptausschusssitzung zu erläutern.

